

rungsfaktoren für die Beharrlichkeit der Parteien gegenüber dem Einwirken der europäischen Ebene liegen demnach darin, dass die Hauptziele und -funktionen der Parteien nur marginal durch das Vorhandensein der EU-Institutionen beeinflusst werden. Das gilt zwar nicht für die Politikformulierung und -gestaltung, aber auch hier agieren Parteieliten erstaunlich unbeeindruckt von europäischer Politik. Indem EU-Themen aus innerstaatlichen Debatten herausgehalten werden, wird eine De-Politisierungsstrategie verfolgt (S. 225), die durch eine verzerrte Wahrnehmung der tatsächlichen Bedeutung der EU innerhalb der Bevölkerung und selbst bei einer Mehrheit der politischen Klasse begünstigt wird.

Die Herausgeber haben eine gewinnbringende Studie, mit den Beschränkungen eines ausschließlich qualitativ orientierten Forschungsdesigns, über ein Phänomen vorgelegt, das von besonderem Interesse für Parteiforscher ist, die sich mit Parteidewandel, nicht nur in vergleichender Perspektive, und europäischer Mehrebenenpolitik beschäftigen. Dass Parteien gegenüber den Herausforderungen einer wachsenden Bedeutung der EU gut gerüstet sind, wie dem Buchrücken zu entnehmen ist, steht im Kontrast zur Einschätzung *Poguntkes*, derzufolge deutsche Parteien ihr Europäisierungspotential bisher nicht komplett erschlossen haben (S. 130) und kann allein aus Sicht der Parteieliten nachvollzogen werden. Da die europäische Integration ein anhaltender Prozess ist, vermag die vorliegende Untersuchung nur einen begrenzten, nicht ganz klar umrissenen Zeitabschnitt widerzuspiegeln. Die methodischen Schwierigkeiten bei der Herausarbeitung von Veränderungen (wenn zum Beispiel der Umfang der Zunahme der mit EU-Angelegenheiten befassten Personen bestimmt werden soll, sollte dies vor dem Hintergrund der gesamten Mitarbeiterentwicklung der Partei erfolgen) fallen kaum ins Gewicht, da prima facie wenig signifikante Anpassungen in den Parteien vorgenommen wurden. Welche Widerstandsfähigkeit die Parteien bei einer weiteren Stärkung des supranationalen Charakters der EU zeigen werden und welche Konsequenzen ein potentiell ansteigendes Europäisierungsniveau auf innerparteiliche Machtkonfigurationen haben wird, wird ein Themenfeld zukünftiger Forschungsarbeiten sein.

Benjamin Höhne

### Lobbyismus in der EU: informative Einführung ohne viel Feldforschung

Michalowitz, Irina: *Lobbying in der EU*, facultas wuv, Wien 2007, 233 Seiten, € 19,50.

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Idee und Praxis des Lobbying wächst in deutschsprachigen Ländern wie schon zuvor in Nordwesteuropa kontinuierlich. Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (DEGEPOL) und das Deutsche Institut für Public Affairs (DIPA) in Deutschland sowie das Austrian Lobbying and Public Affairs Council (ALPAC) in Österreich sind Beispiele für kürzlich gegründete Plattformen der Akteure auf diesem Feld. In der akademischen Welt steigt das Interesse ebenfalls. So gaben bereits *Thomas Leif* und *Rudolf Speth* zwei Sammelbände über Lobbyismus in Deutschland<sup>1</sup> heraus und *Ralf*

1 Thomas Leif / Rudolf Speth (Hrsg.), Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2006.

*Kleinfeld, Annette Zimmer sowie Ulrich Willems* veröffentlichten einen Band über Lobbying<sup>2</sup>. *Irina Michalowitz*, die an wissenschaftlichen Instituten in Brüssel und Krems arbeitet und bei der European Platform of Women Scientists tätig ist, hat nun eine Monographie über „Lobbying in der EU“ veröffentlicht. Sie ist konzipiert als „Lehrbuch, besonders um einen Überblick über den Forschungsstand und die Forschungsfragen zum Thema europäischer Interessenvermittlung bzw. EU-Lobbying zu vermitteln“ (S. 196).

Nach einer kurzen Einführung fasst die Autorin 15 Theorien europäischer Interessenvermittlung zusammen, die ihr als Interpretationsrahmen dienen. In Kapitel 3 gibt sie einen Überblick über die wesentlichen Typen privater profitorientierter Interessengruppen oder Nichtregierungsorganisationen und über die wichtigsten EU-Institutionen Kommission, Parlament und Rat. Danach stellt *Michalowitz* Interessengruppen, In-Haus-Lobbyisten und Public-Affairs-Berater als die drei typischen EU-Lobbyisten dar und bewertet den Forschungsstand zu diesen Gruppen. Im fünften Kapitel beschreibt sie die Präsenz wichtiger Lobbygruppen in den Politikfeldern Forschung, Landwirtschaft, Umwelt und Außenhandel. Die letzten drei Abschnitte sind inhaltlich begrenzt und behandeln die Europäisierung von Interessenvermittlung in Deutschland und Österreich, einen Vergleich zwischen Lobbying in den USA und der EU sowie den Beitrag von Lobbying zur Demokratie der EU. Zum Schluss gibt die Autorin eine kurze Zusammenfassung. Teile des Buches wurden bereits als Artikel oder Arbeitspapiere veröffentlicht.

Die eigentliche Stärke der Publikation liegt in ihrem Einführungscharakter als Lehrbuch für Studenten, die Einblicke in die Lobbygruppen der EU und ihre Behandlung in der Forschung erlangen möchten. Dieser Charakter wird durch 15 Analyseschemen, die Angabe nützlicher Webseiten, die umfangreiche Bibliographie, einen Glossar und einen kurzen Index verstärkt. Die Verweise im Text sind allerdings fast ausschließlich auf die Jahre 1995 bis 2003 begrenzt, über die die Autorin bereits eine Studie verfasst hat<sup>3</sup>. Auch Interessierte außerhalb der akademischen Fachwelt können von diesem Buch profitieren, da es deutlich belegt, dass Lobbygruppen insgesamt ein weithin akzeptiertes Phänomen auf EU-Ebene sind.

Wo es eine Stärke gibt, sind natürlich auch Schwächen. Die größte besteht in der Distanz des Buches zur vielschichtigen Realität des Lobbying in der EU. Es wird erstens nichts über die zahlreichen Lobbygruppen der Regierungen gesagt, zum Beispiel über die Regionalbüros (aller deutschen und österreichischen Länder), die Büros der großen Städte (Berlin, Wien), der einzelnen Ministerien (eine zunehmende Praxis der meisten Staaten) und der Dienststellen (die unabhängig von ihren Ministerien operieren). In ihrem Verhalten auf der EU-Ebene unterscheiden sie sich nicht wesentlich von privaten Lobbygruppen. Es wird zweitens fälschlicherweise pauschal behauptet, dass die Entscheidungsfindung bei Kommission, Parlament und Rat angesiedelt sei. Tatsächlich müssen lediglich circa 15 Prozent aller Beschlüsse im Rahmen von Mitbestimmungsverfahren förmlich vom Rat gebilligt werden und etwa eines Drittels davon vom Parlament. Die restlichen 85 Prozent sind der so genannten delegierten Gesetzgebung zuzurechnen und liegen in der Hand der Kommission, die damit der größte Gesetzgeber der EU und so der Hauptadressat erfahrener Lobbygruppen.

2 *Ralf Kleinfeld / Annette Zimmer / Ulrich Willems* (Hrsg.), *Lobbying. Strukturen, Akteure, Strategien*, Wiesbaden 2007.

3 *Irina Michalowitz*, *EU lobbying – principals, agents and targets. Strategic interest intermediation in EU policy-making*, Münster 2004.

pen ist, deren Interessen hier verhandelt werden. Drittens suggeriert der Titel des Buches, dass es das Thema Lobbying behandelt. Es befasst sich jedoch nur mit Lobbygruppen auf europäischer Ebene und nicht mit der Koordination eines Lobbyingprozesses, die darauf ausgerichtet ist, eine günstige Entwicklung bei bestimmten Entscheidungen zu erreichen. Diese Koordinierung ist das Wesentliche und muss für jeden Sachverhalt neu hergestellt werden. Sie ist voller Hürden, sei es innerhalb der Interessengruppen, dem weiten Feld rivalisierender Gruppen oder innerhalb der EU-Institutionen.

Positiv formuliert führen die drei angesprochenen Kritikpunkte zu der Empfehlung, mehr Feldforschung (zur Realitätsüberprüfung) zu unternehmen. Jeder Interessierte sollte über die vielen Interessengruppen von Regierungen, die geschickte Beeinflussung der delegierten Gesetzgebung und über die schwierige Herstellung eines jeden Lobbyingprozesses mehr lernen können. Durch ihre Doppelrolle als Wissenschaftlerin und Praktikerin kann *Irina Michalowitz* zusammen mit anderen zu solcher Art Feldforschung beitragen.

Rinus van Schendelen

### Kirchen in Deutschland: politisch-gesellschaftliche Akteure unter anderen

*Thielking, Kai Oliver: Die Kirche als politischer Akteur. Kirchlicher Einfluss auf die Schul- und Bildungspolitik in Deutschland, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005, 352 Seiten, € 74,-.*

Die vorliegende Studie von *Kai Oliver Thielking* wurde 2005 als Doktorarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg angenommen. Wie bei Dissertationen üblich, versucht die von *Thomas von Winter* betreute Arbeit eine Forschungslücke zu schließen. In diesem Fall geht es um die Kirche als politischem Akteur, um Art und Umfang ihrer politischen Einflussnahme. Zwar wird das Verhältnis zwischen Religion und Politik in der Politikwissenschaft in den letzten Jahren in den Diskursen um die multikulturelle Gesellschaft und die Bedrohungen durch fundamentalistische religiöse Strömungen verstärkt thematisiert. Dabei handelt es sich aber vorwiegend um allgemeine demokratietheoretische Erörterungen. Empiriegestützte Untersuchungen zur Rolle der Kirche als politischer Interessenverband dagegen fehlen fast völlig. Kaum jemand bezweifelt die herausragende Stellung der Kirchen in der bundesrepublikanischen Politik, doch scheint die Politikwissenschaft hier Berührungsängste zu haben.

*Thielking* geht es darum, die Funktion der Kirchen (hier die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Katholische Kirche), ihrer Amtsträger und Mitglieder im demokratischen Prozess zu untersuchen. Er versteht seine Arbeit als „Verbandseinfluss-Studie“ (S. 25) und konzentriert sich auf einen für die Kirchen gesellschaftspolitisch besonders relevanten und in den letzten Jahren heftig umkämpften Bereich: die Schul- und Bildungspolitik. Er möchte herausarbeiten, welche Positionen EKD und Katholische Kirche in der Schulpolitik vertreten und wie sie gegenüber dem Staat und anderen politischen Akteuren (Lehrerverbände, Eltern, GEW usw.) durchzusetzen versuchen.

Die Studie ist in zwei Teile gegliedert: „Der erste Teil (Kapitel 2 und 3) soll zunächst unter Verwendung historisch-deskriptiver Methoden ... einen Überblick über die Position